3. Jahrgang / Nr. 131

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postscheckkonto Nr. 23 885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8827.

Mittwoch, den 17. August 1921

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,40 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklamen: Die Millimeterzeile, 3 gespalten oder deren Raum im Text 6,— Mk.

Das Landproletariat ruft!

Erbitterte Kämpfe sind auf dem flachen Land entbrannt. In Sachsen, in Mecklenburg, in Pommern, in Schleswig-Holstein, in Lippe stehen die Landarbeiter im Streik.

Eben jetzt in der Erntezeit stehen sie im Streik. Und immer weiter wächst die Gärung, immer mehr Landarbeiter nehmen den Kampf auf, auch das Industrieproletariat hat vielerorts seine Solidarität mit dem Landproletariat bewiesen. In Wismar haben die Metallarbeiter den Sympathiestreik beschlossen. So wächst der Brand, und das Junkertum zittert um seine Existenz. Und das jetzt in der Erntezeit, jetzt, wo ihnen durch den freien Handel goldene Berge winken!

Jawohl, in der Erntezeit! Das Landproletariat ist es satt, für Hungerlöhne zu arbeiten, es ist es satt, in menschenunwürdigen Behausungen zu leben, es ist es satt, 12 Stunden und mehr am Tage nur für den Junker sich abzurackern, es ist es satt, andauernd von bewaffneten Baltikumern, Hubertus- und Roßbachleuten beaufsichtigt zu werden, es ist es satt, daß die Junker systematisch alle organisierten Kollegen maßregeln und entlassen. Das Landproletariat kämpft um seine Existenz.

Die Junker zetern und schreien. Die Ernte ist vernichtet, der Hunger wird noch größer, sagen sie.

Die Technische Nothilfe, deutschnationale Studenten, erwerbslose Proletarier sollen ihnen helfen. Ueberall arbeiten ihre Werbebüros. Es geht um die Bergung der Ernte, sagen sie. Und wenn es im Winter an Kartoffeln und Brot fehlen wird, dann ist es natürlich das faule Landarbeitergesindel gewesen, das jetzt in der Erntezeit streikt. Es geht also um ein gutes Werk, diesen Streik unmöglich zu machen, sagen die Junker.

Nein, Arbeiter, darum geht es nicht!

Wer ist schuld, daß die Ernte Jahr um Jahr kleiner wird? Wer ist schuld, daß immer mehr Getreide- und Kartoffelland zur Viehweide gemacht wird? Wer ist schuld am steten Wachsen der Ausdehnung des Brachlandes? Eben das Junkertum, das nur im Interesse seines Profits die Landwirtschaft betreibt.

Wie die Fabrikherren, so verkleinern gleichfalls aus Profitgründen die Junker ihren Betrieb. Daher die Not an Lebensmitteln! Daher immer neue Entlassungen von Landarbeitern und Anschwellen der Erwerbslosigkeit!

Gegen das Junkertum, das der Hort ist aller reaktionären Umtriebe, das euch das Brot verteuert, auf daß ihrs nicht mehr zahlen könnt, das planmäßig die landwirtschaftliche Produktion sabotiert, eben gegen dies Junkertum kämpft das Landproletariat.

Sein Kampf ist euer Kampf!

Das ist kein „Kampf gegen die Ernte“ — die Ernte an Brotgetreide ist zumeist überall eingebracht — im Gegenteil: sein Kampf ist ein Kampf gegen den Hunger!

Genossen! An euch ist es, diesen Kampf zum Sieg zu bringen.

Zum Siege geführt wird er, wenn ihr dem Landproletariat helft, das Junkertum als Klasse in seiner Existenz anzugreifen.

Her mit Löhnen, die dem Bedarf der Landarbeiter entsprechen! Her mit menschenwürdigen Wohnungen! Entwaffnung der Hubertus- und Roßbachbanden durch die Organe des Proletariats! Anbauzwang, Düngerzwang für alle großen Gutsbetriebe! Kontrolle des Landproletariats über Bestellung, über die landwirtschaftliche Produktion ist in gleich hohem Maße Lebensfrage für das gesamte Proletariat wie in der Industrie.

In dem Kampf, der draußen entbrannt ist zwischen Landarbeitern und Junkern, geht es um eure Existenz, wie in dem Kampf, den ihr mit den Junkern auszukämpfen habt, ums Brot.

Darum:

Verhindert alle Streikbrechertransporte!

Die Erwerbslosen, die auf den Köder der Junker hereinfallen werden, gingen nicht nur bitteren Enttäuschungen entgegen: alles, was von günstigen Arbeitsbedingungen gesagt wird, ist erstunken und erlogen. Nein, der Dank für die Mühen dieser Erwerbslosen würde sein, daß das Landproletariat noch mehr geknebelt und ausgepreßt wird als vorher, daß die Junker noch schamloser ihren Aushungerungskrieg gegen das Industrieproletariat führen, daß sie noch offener und brutaler ihre reaktionäre Gewaltpolitik gegen euch betreiben.

Tretet ein für die Forderungen, für die das Landproletariat kämpft!

Tretet ein für ausreichende Löhne, für Verbot der Kinderarbeit, für den Achtstundentag auch auf dem Lande!

Tretet ein für Anbauzwang und Lieferzwang der Junker!

Tretet dafür ein, daß von den Arbeiterorganisationen ein Liefersoll für die Junker festgesetzt und beigetrieben wird!

Tretet ein für diese Forderungen mit allen Mitteln, wenn nötig mit dem Sympathiestreik für eure kämpfenden Brüder!

Mobilisiert die Gewerkschaften zu diesem Kampf.

Es gilt, eine eherne Solidarität zwischen Industrie- und Landproletariat herzustellen; nur dann kann der Knechtung und Verelendung der werktätigen Massen ein Ende gemacht werden.

Diese Einheitsfront wird die Kraut- und Schlotbarone mürbe machen. Dazu darf keine Arbeiterfaust fehlen.

Werftarbeiterstreik in Bremen!

Die Direktion der „Aktiengesellschaft Weser“ Bremen entließ am 13. August fristlos die Betriebsratsmitglieder Höcker (VKPD.), Braukmüller (USPD.) und Frick (SPD.), die drei Vorsitzenden der Fraktionen des Arbeiterrats. Diese ungeheuerliche Maßregelung der Vertrauensleute einer 8000 Mann starken Belegschaft begründete die Firma mit „Hausfriedensbruch“. Die Direktion hatte eine Versammlung der Betriebsbeamten einberufen und dem Betriebsrat dazu den Zutritt verweigert. Die gesamte Belegschaft hat sofort einmütig die Arbeit niedergelegt. Sie fordert die Wiedereinstellung der Betriebsratsmitglieder. Sie ist entschlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis diese Forderung erfüllt ist. Die bisherigen Verhandlungen mit der Direktion waren erfolglos. Die Direktion besteht auf richterlichem Entscheid. Die Angestellten erklären sich mit der Arbeiterschaft solidarisch und streiken geschlossen mit.

Der neue Vorstoß des Werftkapitals ist ein Sturmzeichen für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands. Der Angriff kam durchaus nicht unerwartet. Die Werft „A.-G. Weser“ ist die, die zur Zeit in der Offensive der Werftkapitalisten gegen die Arbeiterschaft an der Spitze steht. Vor kurzer Zeit hat sie 1000 Arbeiter kurzerhand auf die Straße geworfen. Die Direktion hat seitdem ununterbrochene Versuche gemacht, weitere Massenentlassungen vorzunehmen, die Akkordsätze und Lohnsätze der Arbeiterschaft herunterzudrücken. Der neueste Versuch, die Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern, war die Einführung des Taylorsystems auf der Werft in Gestalt einer unerhört reaktionären Arbeitsordnung. Einmütig und entschlossen hatte die Arbeiterschaft all diesen Versuchen Widerstand entgegengesetzt, sich aber trotzdem nie zu unbesonnenen Handlungen provozieren lassen. Schon lange war es klar, daß die Werftkapitalisten nur nach einem Grund suchten, den Konflikt herbeizuführen. Da es aber der Direktion nicht gelang, einen solchen Anlaß zu finden wie Schichau, um vor der Oeffentlichkeit den Schein des Rechts für sich zu haben, so ist sie in brutaler Weise zum offenen Angriff übergegangen. Die Direktion wußte ganz genau, daß die fristlose Entlassung der Fraktionsvorsitzenden des Arbeiterrats, der VKPD., der USP. und SPD., den Streik der ganzen Belegschaft bedeuten mußte. Sie wußte, daß in diesem Falle die Arbeiterschaft dem Konflikt nicht ausweichen konnte. Daß die Direktion doch provozierte, zeigt, daß das Werftkapital die Stunde für gekommen sieht, den Generalsturm gegen die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie zu beginnen. Es ist heute schon gewiß, daß der Konflikt nicht auf Bremen beschränkt bleibt, die ganze Wasserkante wird zweifellos in kurzer Zeit in Bewegung sein.

Die Vorgänge überstürzen sich. Die deutsche Arbeiterschaft hat keine Minute Zeit zu verlieren zur Organisierung der Einheitsfront aller Arbeitenden. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes muß jetzt sofort verhindern, daß das Unternehmertum nicht eine Werft nach der andern, einen Betrieb nach dem andern aussperren und aushungern kann. Die Abwehraktion muß ohne Zögern auf breitester Grundlage einsetzen. Die Mitglieder des DMV. und alle an den jetzigen Kämpfen unmittelbar beteiligten Verbände müsse sofort ihre Leitungen dazu zwingen, den kämpfenden Arbeitern auf alle mögliche Art und Weise zu unterstützen, die ganze Macht der Gewerkschaften einzusetzen.

Die Bestrebungen der Arbeiterschaft, eine einheitliche Kampffront gegen das Kapital zu schaffen, werden vom Unternehmertum mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es will jetzt dem Proletariat zuvorkommen und zuschlagen, ehe die Reihen ganz geschlossen sind. Arbeiter der Industrie, der Landwirtschaft, Angestellte, Eisenbahner, Beamte! Sorgt dafür, daß dieser Plan nicht gelingt, beseitigt sofort die letzten Hindernisse, die der Einigung im Wege stehen und nehmt den Kampf auf!

Die Frau und die Gewerkschaft.

Die kommunistische Bewegung aller Länder ringt mit dem kleinbürgerlichen Reformismus, der sich seit Jahrzehnten in die Reihen der kämpfenden Arbeiter eingeschlichen hat. Viele geben der Gewerkschaftsbewegung schuld am Versumpfen der Revolution.

Diese Auffassung ist falsch. — Arbeiter schließen sich überall zusammen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten; der Wille zum gemeinsamen Handeln ist eine Klasseneigenschaft des Proletariats.

Das nächstliegende Ziel aller Arbeitervereinigungen ist die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gewerkschaftliche Arbeit ist überall vorhanden, wo Proletarier vorhanden sind.

Die große Mehrzahl der Frauen muß auf kürzere oder längere Zeit oder auch lebenslang dem Kapitalismus Frondienste leisten; genau so wie die Männer gehören sie zum modernen Proletariat.

Die Frauen aber treten in viel geringerer Zahl den Gewerkschaften bei; ihre Anteilnahme an der gewerkschaftlichen Arbeit ist auch innerhalb der Gewerkschaften gering.

Diese Erscheinung haben wir bei **allen Schichten besonders gedrückter Proletarier.** Die Landarbeiter z. B. haben seit Jahrzehnten keine gewerkschaftliche Arbeit gekannt; erst mit der Entwicklung zur Großproduktion haben sie sich einen großen Verband geschaffen.

Die proletarischen Frauen Deutschlands nehmen zu und ihre Zahl steigt auch in den Verbänden.

Selbstverständlich müssen nun auch **Frauenforderungen** auf der Tagesordnung der Gewerkschaften erscheinen. Die Gewerkschaftlerinnen müssen darauf drängen, daß **die Lage der arbeitenden Frauen** verbessert wird.

Da ist zunächst die Forderung **des gleichen Lohnes** für gleiche Leistungen, dann die strikte Ablehnung der Ueberschreitung **des Achtstundentages, die Forderung des freien** Sonnabendnachmittags, die Bezahlung des Urlaubs, die Forderung ausreichender Unterstützung vor und nach der Entbindung, Forderungen auf Schutzmaßnahmen gegen gesundheitsschädliche Einwirkungen, die die Frau in ihrer Mutterschaft beeinträchtigen können.

Bei diesen letzteren Forderungen sehen wir schon, daß die proletarische Frau ganz erheblich dazu beitragen kann, **die Erhaltung der ganzen proletarischen Klasse zu sichern.**

Es wächst die gewerkschaftliche Arbeit der Frau sehr bald über den engsten Rahmen hinaus und die bewußte Gewerkschaftlerin wird Klassenkämpferin.

Verlangen die arbeitslosen Frauen die gleiche Unterstützung wie die Männer, treten sie für ein Existenzminimum an alle Arbeitslosen ein, so bekunden sie damit ihr Bewußtsein des Wertes ihrer Arbeitskraft für die Gesellschaft; sie wollen nicht in Hunger und Elend verkommen, sondern arbeiten zum Wohle der Gesamtheit.

Die Kommunisten lehnen ganz und gar nicht die gewerkschaftliche Arbeit ab. Sie wissen, daß die Arbeiterklasse zunächst nirgends einen anderen Weg gegangen ist, bis sie sich zur herrschenden Klasse im Laufe der Entwicklung machen konnte.

Die kleinen Augenblicksziele, die Erfolge und die Niederlagen stoßen und stählen Schritt für Schritt die kämpfende Arbeitermasse.

Was die Kommunisten bekämpfen, das ist das Stehenbleiben auf halbem Wege, das ist das kraftlose Führen der gewerkschaftlichen Kämpfe, das ist der Verzicht auf das Endziel der Arbeiterklasse.

Frauen in den Gewerkschaften werden bei ihren vernünftigen und lebensnotwendigen Forderungen sehr bald auf die Bewegungslosigkeit und die Kälte der „alten Gewerkschaftler“ stoßen. Diese müssen immer wieder unermüdlich aus ihrer Ruhe aufgestört werden.

Die praktische Schulung zu den Klassenkämpfen empfangen Frauen wie Männer in den Kämpfen um Lohn und Brot.

Die Kommunisten und bald auch die kommunistischen Frauen in den Gewerkschaften unterscheiden sich von anderen Gewerkschaften durch ihre Energie, die ihnen von ihrer Einsicht in den Gang der revolutionären Entwicklung verliehen wird.

Solche Einsicht schaffen sich die kommunistischen und überhaupt alle revolutionären Gewerkschaftler durch ihren Zusammenschluß in der Roten Gewerkschaftsinternationale, die Erfahrungen des gewerkschaftlichen Kampfes der heutigen Epoche in allen Ländern auszutauschen imstande ist.

Die Gewerkschaftler Deutschlands, die auf dem Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen, werden im August dieses Jahres zu einer Reichskonferenz in Jena zusammentreten. Auch die revolutionären Gewerkschaftlerinnen müssen dort vertreten sein.

Neuen Zug in den Gewerkschaften Deutschlands hat die Revolution geschaffen; die neue Situation zu begreifen aber haben nur die Kommunisten vermocht. Sie stehen in hartem Kampf innerhalb der Gewerkschaften gegen alles Faule und Ueberlebte. Wollen die proletarischen Frauen ihre Nöte lindern, so finden sie Verständnis und Hilfe nur an der Seite ihrer kommunistischen Kollegen.

Aufruf an die schaffenden Frauen aller Länder!

Schwestern! Die 82 Delegierten, die aus 28 verschiedenen Ländern, sogar aus dem fernsten Osten Asiens, zur 2. Internationalen Kommunistischen Frauenkonferenz im Juni 1921 in Moskau zusammengekommen sind, senden euch herzlichsten Gruß. Wir haben die russische Arbeiter- und Bauernrepublik und das Leben darin mit eigenen Augen gesehen. Wir empfinden, wie schwer der revolutionäre Kampf ist, in dem das schaffende Volk Sowjetrußlands seine Freiheit, sein Leben verteidigt. Wir bewundern die Riesensumme aufbauender Arbeit, die es leistet. Diese Arbeit dient ganz besonders dem Wohl der Mütter und Kinder.

Wir haben ehemalige Sommervillen der Reichen in den Wäldern um Moskau gesehen, die in sonnige Kinderheime verwandelt worden sind, in denen glückliche, gesunde, vertrauensvolle Kinder des schaffenden Volkes spielen und lernen. Wir waren in Krankenhäusern, Mütterheimen, in Genesungs- und Ferienheimen für die Schaffenden, in Erziehungshäusern und anderen Anstalten, die in den früheren Palästen des Adels und den Prachtwohnungen reicher Bourgeois errichtet worden sind, die die Arbeiter ausbeuteten, ehe die Proletarier die Herrschaft in ihre eigene Hand nahmen. Wir haben Sitzungen der Räte beigewohnt, in denen die Frauen den Männern gleichberechtigt sind und dadurch teil an der Verwaltung und Regierung des Landes nehmen. Dies nur einige der Errungenschaften, die die proletarische Revolution den schaffenden Frauen in Rußland gebracht hat.

Schaffende Frauen, Schwestern! In den kapitalistischen Ländern sind wir noch von den Unternehmern versklavt. Wir verhungern, auf daß sie im Ueberfluß leben können. Unsere Löhne und Gehälter werden beschnitten, damit ihre Profite umso größer seien. Wir sind in jämmerlichen, überfüllten Löchern zusammengepfercht, während sie in schönen weiten Häusern wohnen. Unsere Gatten und Söhne müssen in fremden Ländern gegen ihre Brüder kämpfen, damit die Kapitalisten mehr Geld einheimsen, sie müssen in der Heimat auf Vater und Mutter schießen, um den Geldschrank und die Macht der Kapitalisten zu schützen. Wir zittern täglich vor Arbeitslosigkeit, die den Hungertod für uns und unsere Kinder bedeutet.

Und all das leiden wir zwecklos.

Uns winkt keine lichtere Zukunft. Unseren Kindern wird es ergehen, wie es uns ergeht, es sei denn, wir ahmen das Beispiel unserer russischen Brüder und Schwestern nach, indem wir durch die soziale Revolution unsere Bedrücker und Ausbeuter abschütteln.

Wir müssen in den Fußstapfen der russischen Proletarier und Proletarierinnen treten. Gewiß, ihre aufbauende Arbeit des Neuen steckt noch in den Kinderschuhen, aber sie schreitet vorwärts. Gewiß, wir haben bei ihnen Entbehrung und Hunger gesehen. Wie wäre es anders möglich nach siebenjährigem Krieg, bei der Absperrung Sowjetrußlands durch die Blockade der kapitalistischen Staaten, bei der Zerrüttung und Fäulnis, die der Zarismus und Kapitalismus hinterlassen haben.

Die Leiden der russischen Proletarier werden um so geringer und kürzer sein, je eher und gründlicher die Ausgebeuteten und Unterdrückten in den kapitalistischen Ländern mit ihren Herren und Peinigern Abrechnung halten.

Trotz aller Leiden stehen die russischen Proletarier fest zur Revolution, fest zur Sowjetordnung. Unter der alten Ordnung hungerten sie und waren Sklaven. Nun sind sie frei, und sie empfinden das. Nie, nie wieder wollen sie zurück unter das alte Joch. Sie leiden, weil sie frei bleiben wollen. Sie rufen den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt zu: „Folgt uns nach! Kämpft! Auch ihr müßt frei werden!

Schaffende Frauen aller Länder! Die russischen Arbeiter haben uns den Weg zum befreienden Kommunismus gezeigt. Wir dürfen nicht länger hinter ihnen zurückbleiben, auch wir müssen unsere Freiheit erobern. Es gibt nur einen Weg, der dazu führt. Das ist nicht der Weg der Leute, die auf eine Verbesserung der Bourgeoisgesellschaft hoffen und sich mit ihr vertragen. Nur die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur können der Ordnung ein Ende machen, die uns aussaugt und versklavt. Fürchten wir nicht die Opfer, die das kostet. Sie sind geringer als die Opfer, die wir tagtäglich nutzlos bringen. Unsere Opfer für die Revolution werden dem Glück unserer Kinder und der kommenden Geschlechter dienen. Nur im entschlossenen mutigen Kampf unter dem roten revolutionären Banner der Kommunistischen Internationale wird das Ende der verhaßten bürgerlichen Klassenherrschaft beschleunigt, wird die Stunde für die Befreiung, für den Sieg der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder schlagen.

Es lebe der revolutionäre Kampf aller Schaffenden, Ausgebeuteten, Unterdrückten der ganzen Welt, der revolutionäre Kampf für die Errichtung der proletarischen Diktatur!

Es lebe das Hoffnungsland des Weltproletariats, Sowjetrußland!

Es lebe die 3. Internationale des Kampfes, der Tat!

Internationales Frauensekretariat:

Clara Zetkin. — Alexandra Kollontai. — H. Roland Holst.

Herta Sturm, Deutschland. — Pauline Winogradskaja, Rußland. — Mairotti Rito, Italien. — Luzie Cellard, Frankreich. — Rosa Bloch, Schweiz. — Nora Smyth, England. — Ruth Emmons, Amerika. — Hilde Wertheim, Oesterreich. — Anna Krenova, Tschechoslowakei. — Christa Tschirtsch, Ungarn. — Anna Maymoulawa, Bulgarien. — Milkitsch, Süd-Slavien. Anna Bobulesku, Rumänien. — Herta Lindernt, Schweden. — Geannet Olsen, Norwegen. — Knikinen, Finnland. — Walda, Holland. — Marie Reisser, Weißrußland. — Schillevka, Littauen. — Janeß, Estland. — Nasarbekowa, Armenien. — Zulukidee, Georgien. — Mussabekowa, Aserbeidjan. — Nam Mantchum, Korea. — Dceavad Sade Persien.

Politische Uebersicht.

Die oberschlesische Sphinx.

Der Bruch zwischen Briand und Lloyd George auf der Pariser Konferenz des Obersten Rates liegt vor aller Augen klar zutage. Die „Times" hat schon recht, wenn sie die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund für ein Zugeständnis des Bankrotts des Obersten Rates hält, wodurch der Entente der schwerste Schaden zugefügt werde. Die gesamte englische Presse bringt dieselbe Stimmung in den verschiedensten Variationen zum Ausdruck. Die „Daily News" bezeichnet die Verweisung an den Völkerbund als den letzten Ausweg in einer verzweifelten Lage und plädiert für das baldmöglichste Verschwinden des Obersten Rates als Einrichtung. Die „Westminster Gazette" legt sehr offenherzig die scharfen imperialistischen Gegensätze zwischen Frankreich und England dar und denunziert die französische Theorie der „gewaltsamen Zerstückelung Deutschlands", der sie ostentativ die britische Theorie der „friedlichen Versöhnung" entgegenstellt. Diese britische Versöhnung hat, wie in unserer gestrigen Morgenausgabe dargelegt worden ist, ihre sehr realen Hintergründe. Sie richtet sich ganz deutlich gegen die von Frankreich mit allen Mitteln erstrebte Hegemonie über Europa.

Der nunmehr deutlich nach außen wahrnehmbare französisch-englische Gegensatz, der bei der oberschlesischen Frage akut zum Ausdruck gekommen ist, zeigt auf der englischen Seite ein ebenso interessantes wie vielgestaltiges diplomatisches Minenlegespiel.

Lloyd George haut einen guten Trumpf nach dem anderen auf den Tisch. Er läßt zunächst durch sein Leibblatt, den „Daily Telegraph" der Welt verkünden, daß Briand sich durch Geheimverträge an Polen gebunden und diesem das ganze oberschlesische Gebiet versprochen habe, deshalb sei jede weitere Diskussion zwecklos. „Pall Mall" spinnt denselben Faden noch etwas gröber weiter. Das Pariser „Journal" gibt zu, daß Pläne zu einem solchen Geheimvertrag fertiggestellt seien, bestreitet aber, daß Frankreich sich bereits vertraglich gebunden habe. Dieses Eingeständnis erklärt Frankreichs Zähigkeit in dem Versuche zur Begünstigung seines polnischen Vasallen. Der zweite Trumpf, den die englische Politik ausspielt, ist die Erklärung, die in der gestrigen Schlußsitzung des Obersten Rates der englische Reichsanwalt Hewart demonstrativ abgegeben hat, wonach England auf eine Fortsetzung der Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher kein Gewicht mehr lege. Der dritte Trumpf Lloyd Georges ist die öffentliche Ankündigung seiner Geneigtheit, die Militärkontrolle in Deutschland aufzuheben. Dieser Vorschlag löst auf französischer Seite ziemlich starkes Mißbehagen aus. Der „Temps" unterstreicht ihm gegenüber ganz unwirsch die Notwendigkeit des Fortbestehens dieser militärischen Kontrolle, gegen die sich übrigens auch der italienische Vertreter, Marquis della Toretta, ausgesprochen habe, der sie dem Völkerbunde übertragen wolle. Als weiterer Trumpf der englischen Diplomatie gegen Frankreichs Politik sei endlich angeführt die Forderung der „Times", daß man zur Stabilisierung der deutschen Valuta, die durch die Reparationszahlungen immer wieder gestört werde, Deutschland die nötigen Kredite gewähren müsse.

Aus alledem geht ganz deutlich hervor, daß England geneigt ist, dem politischen Streben des französischen Imperialismus durch ostentative Begünstigung Deutschlands aktiven Widerstand entgegenzusetzen. Es wird schließlich auch bereit sein, die deutschen militärischen Rüstungen gegen einen von Frankreich protegierten neuen Vorstoß der Polen in Oberschlesien wohlwollend zu unterstützen. Für diese Annahme spricht auch die Mitteilung der „Agence Havas", daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung über Oberschlesien eine Entsendung französischer, englischer und italienischer Truppenverstärkungen dahin stattfinden solle. Durch die gleichzeitige Entsendung von Truppen soll den Franzosen die Anstiftung und Begünstigung von polnischen Putschen zur gewaltsamen Eroberung von Oberschlesien unmöglich gemacht werden.

Briand soll bereits den japanischen Baron Ischü, den Vorsitzenden des Völkerbundrates, um baldmöglichste Zusammenberufung des Völkerbundrates ersucht haben. Angeblich soll diese Einberufung bereits zum 20. August erfolgen. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" ist Frankreich schon dabei, sich durch diplomatische Schachzüge eine Mehrheit im Völkerbundsrat zu sichern. Da Polen als Mitglied des Völkerbundes im Völkerbundsrat vertreten sein wird, soll nach der Agence Havas auch ein deutscher Vertreter bei der Entscheidung zugezogen werden.

Es ist mehr als zweifelhaft, ob der Völkerbundsrat die harte Nuß wird knacken können, an der sich Briand und Lloyd George die Zähne ausgebissen haben. Denn Polen und Frankreich werden seine Entscheidung trotz aller gegenteiligen Versicherungen nur dann akzeptieren, wenn sie ihren imperialistischen Gelüsten entspricht. Der Völkerbund hat keinerlei Autorität, noch besitzt er die Machtmittel zur Erzwingung der Anerkennung seiner Beschlüsse. Derselbe wird sicher das oberschlesische Problem nicht lösen. Erst das internationale Proletariat, das seine Bourgeoisien gestürzt und selbst die ganze Macht an sich genommen hat, wird spielend leicht alle bestehenden nationalen Hemmnisse und Schwierigkeiten überwinden, die der kapitalistische Gegensatz zwischen den einzelnen Ländern immer neu erzeugen und auf die Spitze treiben muß.

(Sonderdepesche WTB.) Paris, 13. August.

Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. eine Milliarde Goldmark bezahlt gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer Rede von Ministerpräsident Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Ein neuer Verrat der SPD.

Das vor dem Forum der Danziger Arbeiterschaft abgelegte Treubekenntnis der drei sozialistischen Parteien zum Kampf für die Befreiung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten und für die Beseitigung des hochverräterischen Danziger Senats ist von der SPD. schnöblich gebrochen worden. In der Stadtverordnetensitzung vom 9. August wurde über die Freilassung dieser Genossen verhandelt. Als der Danziger Senat und die Parlamentsmehrheit beharrlich auf ihrem rechtsbrüchigen Standpunkt verharrten, wurde von der USP. die Vertagung des Landtages bis zur Klärung der Danziger innerpolnischen Angelegenheit beantragt. Während die VKPD. sich dem Vorgehen der Unabhängigen anschloß, erklärte die SPD., zunächst mit dem Senat noch zusammenarbeiten. Darauf verließen Kommunisten und Unabhängige den Sitzungssaal. Die Sozialdemokraten und die Polen gaben weiter mit den bürgerlichen Abgeordneten die Stoßtage für den Senat des Rechtsbruchs ab.

Die SPD. hat sich sowohl in Danzig als auch in der deutschen Presse nicht genug über den Danziger Senat aufregen können und seinem Treiben teilweise die richtigen Bezeichnungen gegeben. Wenn sie heute erklärt, mit einer solchen Regierung zusammenarbeiten zu können, so richten sich all diese Titulaturen nunmehr auch gegen sie selbst. Wir haben an Hand der Aeußerungen des „Vorwärts" schon vor kurzem feststellen können, daß ihm die Einheitsfront der Danziger Arbeiterschaft sehr unangenehm sei. Wir glaubten aber nicht, dieselben verräterischen Bestrebungen auch in der Danziger SPD. vorfinden zu müssen. Wenn sie sich nunmehr auch dort durchgesetzt haben, so muß dieses neue Lumpenstück der SPD.-Parteibürokratie die sozialdemokratischen Arbeiter dazu zwingen, endlich ihren Führern mehr als bisher auf die Finger zu sehen. Nicht auf die in öffentlichen Versammlungen ausgesprochenen Einigkeitsphrasen kommt es an, sondern das Wesentliche ist, daß sie in die Tat umgesetzt werden.

Noch besteht die von der Arbeiterschaft eingesetzte Kommission aus Vertretern der drei Parteien. Ihr hat die VKPD. folgende als Grundlage der kommenden Kämpfe aufzustellende Forderungen übergeben:

1. Aufhebung der Verordnung über die Getreidepreise und Erhöhung der Wohnungssteuer.
2. Sofortige Einstellung aller Gemaßregelten.
3. Sofortige Auszahlung der infolge des Streiks einbehaltenen Erwerbslosenunterstützungen.
4. Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit (Wegfall der 26wöchentlichen Zahlungsfrist).
5. Kontrolle der Produktion und des Handels durch Organe der Arbeiterschaft, zusammengesetzt aus Arbeitervertretern der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft.
6. Auflösung der Einwohnerwehr und der Schupo.
7. Umbildung der bisherigen blauen Polizei als Ordnungspolizei.
8. Bildung von Arbeiterwehren in den Betrieben.

Das ist die Grundlage, auf der die kommenden Kämpfe gegen den Senat durchgeführt werden können. Die parlamentarischen Mittel sind erschöpft, und die SPD. hat hierselbst durch ihre Vertreter Verrat geübt. Die gemeinsame Kommission steht der Arbeiterschaft weit näher als die Vertreter am Parlament, und ihrem Vorgehen hat die Arbeiterschaft Inhalt und Ziel zu geben. Noch ist der Kampf nicht verloren, und nur ein gleiches Verräterstück wie im Parlament kann die Schlagkraft des Proletariats lähmen und die Einheitsfront zerstören. Dies zu verhindern, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Die verdächtige Sowjetfahne.

Ein skandalöser Vorgang hat sich in Swinemünde zugetragen. Der russische Sanitätsdampfer „Transbalt" war in Swinemünde erschienen, um kranke deutsche Kriegsgefangene aus Rußland in die Heimat zu befördern. Ein bürgerlicher Korrespondent meldet darüber:

Die Einfahrt des Sowjetschiffes in Swinemünde war mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, da die Schiffahrtsbehörden den ihnen verdächtig erscheinenden Dampfer mit der roten Sowjetfahne zunächst nicht durchlassen wollten. Erst nachdem das Schiff zwei Tage lang auf der Swinemünder Reede gelegen und Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin stattgefunden hatten, konnte der Dampfer einfahren.

Die ganze Welt weiß, daß zwischen Sowjetrußland und Deutschland Handelsbeziehungen bestehen. Trotzdem erscheint einer Behörde die Sowjetfahne „verdächtig" und die Heimkehr deutscher Kriegsgefangener erhält unnötige Verzögerung. Diese Behandlung des russischen Sanitätsschiffes zeigt die ganze Heuchelei der deutschen Bourgeoisie, die sich in der Hilfsaktion für das hungernde Rußland breitmacht. Was gedenkt aber die Regierung gegen solch unwissende (?) Beamten, wie die Swinemünder Schiffahrtsbehörden, zu tun?

Massenverhaftungen in Westpreußen.

In mehreren großen Industriestädten in Westpreußen wie in Graudenz, Thorn, Dirschau und Neustadt wurden aus Anlaß des letzten großen Streiks eine ganze Anzahl polnischer und deutscher Arbeiterführer durch die Polizei verhaftet und teilweise unter scharfer Bedeckung nach Warschau überführt. Die Verhaftungen erfolgten auf Weisung aus Warschau und sollen angeblich in engem Zusammenhang mit dem Aufheben zweier bolschewistischer Propagandazentralen in Kongreßpolen stehen. Die polnische demokratische Partei Westpreußens hat beim Landtag schärfsten Protest gegen die Verhaftungen erhoben und die sofortige Freilassung der Arbeiterführer verlangt.

Lipinskis Polizeikampf gegen die Kommunisten.

Die Chemnitzer Polizei verbietet das Anschlagen eines Plakates für den „Kommunistischen Gewerkschafter", auf dem ein Propagandaaufruf zur Durchführung der 10 Forderungen des ADGB. und zur Aufnahme des Kampfes gegen Lohnabbau und Unternehmerwillkür abgedruckt war. Als Grund des Verbots wurde angegeben, daß der Staatsanwalt in dem Text des Plakates eine „Aufreizung zum Klassenhaß" und „Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen" erblicke.

So sieht in der Praxis die demokratische Freiheit aus, die den deutschen Arbeitern auf Grund der „freiesten Verfassung der Welt" eingeräumt ist. Und zwar von einem Minister, der der USP., „der revolutionären Partei des deutschen Proletariats", als hervorragendes Mitglied angehört. Darum: es lebe die sozialistische Regierung in Sachsen!

Eine neue Provokation der Mansfelder Arbeiter.

Der Landrat des Kreises Mansfeld in Eisleben veröffentlicht in der Presse einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Einwohner des Seekreises! Gerüchte über Anschläge gegen die eben geernteten Feldfrüchte als Signal für eine Generalstreikbewegung gegen die Brotpreiserhöhung durchschwirren die Luft..... Es liegt daher im größten Interesse jedes einzelnen wie der gesamten Bevölkerung, jeder Störung beim Einbringen der Ernte und insbesondere verbrecherischen Anschlägen gegen die Erntevorräte mit allen Kräften entgegenzuwirken."

Die Anschläge gegen die eben geernteten Feldfrüchte sind ein infamer Schwindel, den sich der landrätliche Orgeschknecht frech aus den arbeiterblutbefleckten Fingern gesogen hat. Doch der Zweck seiner Uebung liegt klar zutage. Er will damit den Boden schaffen für die Mobilisierung der Orgesch gegen die Arbeiter, die, ob sie wollen oder nicht, zum Ausgleich für die Mehrausgaben, die ihnen durch die wucherische Steigerung des Brotpreises, die wachsende Geldentwertung und die neuen Steuern erwachsen, hartnäckige Lohnkämpfe werden führen müssen. Nun, das Mansfelder Proletariat wird, wenn es auch noch blutet aus den Wunden, die ihm in den Märztagen geschlagen wurden, diese wirtschaftlichen Kämpfe zu bestehen wissen, trotz des Eislebener Landrats, seiner zahlreichen Tiposchützlinge und seiner mobilisierten Orgeschbanditen.

Die Landtagswahl in Thüringen.

Bekanntlich finden die Neuwahlen zum Thüringer Landtag am 11. September statt. Die Rechtssozialisten entfalten im Lande bereits eine rührige Tätigkeit. Doch ermangelt ihre Agitation jeder werbenden Kraft auf die Massen. Ihre traurige Politik, die sie in der Frage der Erwerbslosen des Kinderelends, der Arbeiterentlassungen in den halbstaatlichen Kaliberrieben wie der Orgeschterung der Staatspolizei getrieben haben, läßt sich schlechterdings nicht rechtfertigen. Deshalb stößt ihr verlogenes bitterisches Geschrei gegen die Kommunisten in ihren Wahlaufruf bei den Arbeitermassen auf starke Ablehnung. Leute, die sogar ihren eigenen Parteigenossen Rüster-Brandenburg vor dem Stirnrunzeln der Orgesch-Reaktion feige preisgegeben haben, vermögen durch glatte Redensarten im Wahlkampfe keinen denkenden Arbeiter mehr

zu betören. Die Position der Kommunisten in der Wahlschlacht ist durchaus günstig. Das feige Verhalten der Regierungssozialdemokraten gegenüber der Konterrevolution, die fieberhaft rüstet, die Bereitstellung gummiknüppelbewaffneter Sipoleute auf den Landtagstribünen und der berüchtigte „Fettpolster"-Erlaß des sozialistischen Wirtschaftsministers Fröhlich gegen die Arbeitslosen, ihr feindseliges Verhalten gegen alle sozialen Maßnahmen, die die Kommunisten beantragten und die beide sozialdemokratischen Parteien als ein „Diktat von Moskau" denunzierten und zuletzt die wirtschaftlich überaus zugespitzte Lage, die in den nächsten Tagen zu gewaltigen Lohnkämpfen in der Thüringer Metallindustrie führen können, bilden im Verein mit dem neuen gewaltigen Steuerraub der Reichsregierung Wirth am Proletariat, einen wirksamen Kampfboden für die Wahlauseinandersetzungen. Unsere Thüringer Genossen haben für den Wahlkampf folgende Losungen ausgegeben:

Gegen die neuen Steuern, gegen die Lebensmittelverteuerung, gegen die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft, gegen die Arbeitslosennot, gegen das zunehmende Kinderelend, gegen die konterrevolutionäre Umstellung in der Sipo!

Für die Steuerfreiheit bis zum Existenzminimum für alle Werktätigen, einschließlich der Kleinbauern, die selbst arbeiten und von ihrer eigenen Arbeit leben müssen, für die Beschlagnahme aller großen Vermögen und Einkommen, für die Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß oder Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum, für die Enteignung der Kaliindustriellen, die durch Produktionssabotage die Arbeiterfamilien in Not und Elend stoßen, für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterschaft!

Auf dem Boden dieser Losungen werden die thüringischen Genossen ihre menschewistischen wie ihre bürgerlichen Gegner zur klaren politischen Stellungnahme zwingen. Sie sind entschlossen, den Wahlkampf unter Aufbietung aller Kräfte zu führen als Auftakt zu den noch weit schärferen Auseinandersetzungen, die sich als Auswirkung aus dem neuen Steuerraub des Reiches, der Brotpreiserhöhung und der steigenden Geldentwertung für die deutsche Arbeiterklasse ergeben.

Gewerkschaftliches.

Kommunistischer Wahlsieg in Württemberg.

In der Versammlung der Stuttgarter Betriebsräte am 11. August wurden auch die Wahlen zum Zentralrat, Gruppenrat und zur Betriebsräte-Generalversammlung vorgenommen.

Das Ergebnis war folgendes:

Zentralrat:
VKPD. 2 Sitze (1 Arbeiter, 1 Angestellter)
SPD. 0 „
USPD. 0 „

Gruppenrat:
VKPD. 4 Sitze (2 Arbeiter, 2 Angestellte)
USPD. und SPD. zusammen 1 Sitz (1 Arbeiter)

Delegierte zur Generalversammlung der Betriebsräte:
VKPD. 20 Sitze
USPD. und SPD. zusammen 7 Sitze.

Die Wahlen erfolgten nach dem Verhältniswahlsystem. Durch Not und Hunger sind die Massen zum Kampf gezwungen. Das Proletariat entschließt sich zur Aktion. Da folgt es den zielklarsten, mutigsten Führern, den Kommunisten. Ueberall haben sich die VKPD.-Genossen des Vertrauens der revolutionären Massen würdig zu erweisen, und wo sie durch ihren Willen an die Spitze gestellt werden, ihre äußerste Kraft anzuwenden, um zum Sieg der Arbeiterschaft in den kommenden schweren Kämpfen beizutragen.

Die Einheitsfront der Beamten und Gewerkschaften gescheitert.

Beamte, Arbeiter, Ihr müßt sie wieder herstellen!

Am Freitag, den 12. August, begann in Berlin die Konferenz der Spitzenorganisationen der deutschen Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten sowie der großen gewerkschaftlichen Organisationen, um zu der Frage eines einheitlichen Vorgehens bei der jetzigen Gehalts- und Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Der vor einigen Tagen geschaffenen Einheitsfront der drei großen Eisenbahnerorganisationen: „Deutscher Eisenbahnerverband", „Allgemeiner deutscher Eisenbahnerverband" und „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter" blieb bekanntlich die „Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter" fern, da ihre Spitzenorganisation, der Deutsche Beamtenbund, noch keine Entscheidung getroffen hatte. Außer den genannten Organisationen nahmen an den Verhandlungen teil die Vertreter des „ADGB.", des „Deutschen Gewerkschaftsbundes", des „Gewerkschaftringes" und des „Deutschen Beamtenbundes". In der Frage der Beseitigung aller Unterschiede bei den jetzigen Teuerungszulagen und den Zuschlägen zur Kinderzulage konnte erst nach längerer Debatte eine Einigung erzielt werden, da der Beamtenbund den Standpunkt vertrat, daß man daran gehen müsse, die Grundgehälter und Grundlöhne zu erhöhen, da dieselben den heutigen Teuerungsverhältnissen nicht mehr entsprechen.

Der ADGB., Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring vertraten die Forderung, für die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 1.50 Mk. oder eine Erhöhung des Gesamtlohnes von 3600 Mark zu verlangen. Für die Beamten soll gleichfalls für alle Kategorien ein Teuerungszuschlag von 3600 Mk. jährlich beantragt werden. Der Beamtenbund stand auf dem Standpunkt, daß diese Sätze viel zu niedrig seien und forderte für seine Mitglieder eine Erhöhung des Gehaltes von jährlich 8500 Mk. Dieser Forderung glaubten die übrigen Großorganisationen nicht zustimmen zu können, da bei der Erhöhung der Gehälter und Löhne um 8500 Mk. dem Reich eine jährliche Mehrausgabe von 30 Milliarden entstehen würde, während bei der Erhöhung von 3600 Mk. nur eine Mehrausgabe von 10 Milliarden in Betracht käme. Um einen Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, wurde eine Kommission gebildet, die einheitliche Vorschläge ausarbeiten sollte. Eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden, da der Deutsche Beamtenbund erklärte, daß er an der Mindestforderung von 4200 Mk. für seine Mitglieder festhalten müsse. Nachdem die Vertreter der andern Großorganisationen, auch der ADGB. und der Deutsche Eisenbahnerverband erklärten, diesem Vorschlag nicht zustimmen zu können, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Damit ist ein gemeinsames Vorgehen in Frage gestellt und die Stoßkraft der Beamten und Arbeiter bei der jetzigen Bewegung bedeutend geschwächt.

Es ist bezeichnend, daß erstens der neutrale Deutsche Beamtenbund und das auch nur offenbar unter dem Druck seiner drängenden Mitglieder, höhere Forderungen stellte als der ADGB. und DEF. und zweitens daß die letzteren diese weitergehenden Forderungen, „um keine zu großen Mehrausgaben des Reiches zu verursachen", ablehnten.

Es ist einfach ungeheuerlich, daß die Spitzen der Organisationen deshalb keine Einigung herstellen können, weil sie sich über die Höhe der Forderungen nicht einigen können. Die Mitglieder müssen da sofort ein energisches Machtwort sprechen, sie müssen darauf bringen, daß die weitestgehenden Forderungen als Ziel der Bewegung gelten.

Auf keinen Fall darf den Gewerkschaftsführern irgendein Vorwand gelassen werden, die Bewegung zu sabotieren, die Niederlage herbeizuführen.

Eisenbahner! Seid einig! Es geht um euer nacktes Leben. Gemeinsam und mit Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft vorwärts in den Kampf!

Eisenbahnerbewegung im besetzten Gebiet.

Eine von 1500 Arbeitern besuchte Betriebsversammlung der gesamten Belegschaft der E.-D. Jülich nahm einstimmig eine Resolution an, die einen Vorschuß von 1000 M., eine Lohnerhöhung entsprechend dem Existenzminimum fordern, ferner von ihren Organisationen, dem Deutschen Eisenbahnerverband, sowie der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner verlangen, daß sie sofort die Einheitsfront der Eisenbahner fest ausbauen für die kommenden schweren Kämpfe, und daß im Verbandsorgan gegen das neue Schlichtungsordnungsgesetz auf das schärfste Stellung genommen wird.

Lohnbewegung der Bergleute.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets treten in eine Bewegung ein. In zahlreichen Belegschaftsversammlungen verlangen die Bergarbeiter, daß die Organisationen möglichst bald in den Kampf treten. Mitgliederversammlungen des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Marl, Horst-Emscher und anderen Orten verlangen Lohnerhöhung von mindestens 50 Proz.

Der Landarbeiterstreik in Mecklenburg.

Über 150 Güter im Streik.

Der Landarbeiterstreik in Mecklenburg breitet sich immer weiter aus. Obwohl noch lange nicht alle Streikleitungen Meldungen eingereicht haben, kann bereits festgestellt werden, daß 150 Güter sich im Streik befinden. Die bürgerliche Presse entfaltet eine wüste Hetze gegen die kämpfenden Landarbeiter und versucht, ihre Front zu zersplittern; aber die Kampffront des Landproletariats steht ungebrochen.

Der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes ist der Landarbeiterkampf, der so gewaltige Formen annimmt, verhaßt. Eingestellt auf die Arbeitsgemeinschaftspolitik, hat sie jedes Gefühl dafür verloren, wie sie als klassenbewußte Führerschaft des Landproletariats dem Junkergesindel gegenüber haben müßte.

Bezeichnend dafür ist das Verhalten des Gauleiters Schmidt, der am Mittwoch morgen, zusammen mit dem Kreisleiter Krüger und seinem Schwiegersohn Nordengrün von Rostock nach Güstrow fuhr. Die Herrschaften begaben sich aber nicht etwa nach dem Büro der Landarbeiterstreikleitung, sondern zu dem Landbund, von wo aus sie mit Automobilen, bezahlt vom Landbund, in Begleitung mehrerer wohlgenährter Agrarier nach den Gütern fuhren.

Für die Landarbeiterschaft ist der Weg klar: Der Kampf, der jetzt nur in der Erntezeit durchgeführt werden kann, muß über die Köpfe der Verräter hinweg und gegen sie ausgekämpft werden.

Zum Streik der Transportarbeiter in Stralsund.

Die Hafen- und Transportarbeiter von Stralsund, die jetzt die Arbeit niedergelegt haben, hatten seit dem 31. März Verhandlungen mit den Unternehmern wegen einer Lohnerhöhung. Sie forderten einen Wochenlohn von 240 M. Die jetzigen Löhne betragen 181 M. wöchentlich, und am 13. April fällte der Schlichtungsausschuß einen Spruch, nach dem die Transportarbeiter 10 Prozent Lohnerhöhung bekommen müssen. Doch der Regierungspräsident, in seiner Funktion als Demobilmachungskommissar, lehnte die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ab mit folgender Verhöhnung der Arbeiter: „Bei der zur Zeit bestehenden, durch statistische Nachweise belegten Abwärtsbewegung der Teuerungsziffern kann eine Lohnerhöhung anders als auf dem Wege gütlicher Einigung nicht herbeigeführt werden." Da die Unternehmer aber auf gütlichem Wege nichts bewilligen wollten und die Regierung auf den Antrag der Gauleitung des DTV., nochmalige Verhandlungen herbeizuführen, nicht mehr antwortete, traten die Transportarbeiter in den Streik. Daraufhin wurden die Vertreter der Arbeiter durch die Unternehmer zu Verhandlungen geladen. Dort hatten diese die Unverschämtheit, eine Zulage von 10 M. pro Woche anzubieten. Die Arbeiter haben unter Protest gegen eine derartige Verhöhnung diese Bettelpfennige abgelehnt und werden solange weiterkämpfen, bis die Unternehmer ihre berechtigten Forderungen anerkennen.

Aus der Partei.

Gegen die Parteischädlinge.

Der Bezirkstag der VKPD. in Dresden hat unter anderem folgende Resolution angenommen:

„Der Bezirkstag nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem disziplinwidrigen und parteischädigenden Verhalten einiger Mitglieder der Reichstagsfraktion (Solidarisierung mit Levi, Mitarbeit an der Zeitschrift „Unser Weg"). Der Bezirkstag fordert daher den Parteitag auf, die Zentrale zu beauftragen, den Pflichten jeder der Kommunistischen Internationale angehörenden Partei (siehe Leitsätze und Statuten Punkt 11) nachzukommen und die Fraktion von diesen Elementen zu reinigen.

Die taktische, sowie prinzipielle Einstellung der Levigruppe ist nicht allein auf diese beschränkt geblieben, sondern durch deren Tätigkeit (Fraktionsbildung, Versendung von einigen Rundschreiben usw.) auch in Mitgliederkreise hineingetragen worden. Der Bezirkstag erkennt in dieser Tendenz eine große Gefahr für Revolution und Partei."

Stellungnahme zu den Beschlüssen des Weltkongresses.

Die am 24. Juli 1921 tagende Bezirkskonferenz des Bezirks östliches Westfalen und Lippe nahm einstimmig folgende Resolution zu den politischen und taktischen Fragen an:

Die am 24. Juli 1921 tagende Konferenz der VKPD. Bezirk östliches Westfalen und Lippe stellt sich auf den Boden der auf dem 3. Kongreß gefaßten Beschlüsse. Sie stellt erneut fest, daß die Partei bei der Märzaktion recht handelte, wenn sie die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands mit aller Energie aufforderte, zugunsten des bereits im Kampfe stehenden Proletariats Mitteldeutschlands in den Kampf zu treten. Die bei der Märzaktion aufgedeckten und bei Einleitung der Kämpfe gemachten Fehler, welche in der bisher mangelnden revolutionären Kampferfahrung wurzelten, müssen die Partei anspornen, sie in Zukunft zu vermeiden. Will die Partei den bereits gelieferten Beweis revolutionärer Tatbereitschaft erhalten, muß sie für alle Zeiten ihre Kampfparolen den wirklichen Situationen besser anpassen, diese auf das sorgfältigste studieren und die Aktionen in der einheitlichsten Weise durchführen. Nur wenn letzteres hinreichend berücksichtigt wird, können Massenaktionen erfolgreich durchgeführt und das unbedingte Vertrauen der Arbeiterschaft erworben werden.

In Bekräftigung der Beschlüsse des 3. Weltkongresses erklärt die Konferenz, daß die VKPD. nur schlagfertig sein kann, wenn jedes Mitglied strengste Disziplin übt. Auf das schärfste verurteilt die Konferenz den Disziplinbruch des früheren Genossen Levi, der damit den Mitgliedern ein trauriges Beispiel unrevolutionärer und parteischädigender Handlungsweise gab. Sie billigt daher den Ausschluß Levis aus der Partei. Es darf keinesfalls eine Kritik geübt werden, die den Grundsätzen der KI. nicht entspricht oder in Organen geführt wird, die nicht unter der Kontrolle der Partei stehen. Die Konferenz wendet sich mit aller Schärfe gegen die Fraktionsbildung innerhalb der Partei, welche die geschlossene Arbeit gefährdet und die Kampfkraft lähmt. Die Zentralleitung und alle Instanzen der Partei werden beauftragt, Mitglieder, die diesem zuwider handeln, aus der Partei auszuschließen.

Indem die Konferenz die Beschlüsse des Kongresses in der italienischen und KAPD.-Frage voll anerkennt und damit die Thesen über die Bildung kommunistischer Massenparteien, gelobt sie, unermüdlich zu arbeiten an der Durchbildung und Durchorganisierung der Partei, daß sie werde das Rüstzeug für die deutsche und die Weltrevolution.

Brot, Teuerung und Revolution.

(Schluß.)

In seinem Dekret vom 22. Juni setzte der Konvent das „notwendige Einkommen", das von der Anleihe freibleiben sollte, auf 6000 Francs bei Junggesellen und 10 000 Francs bei Familienvorständen fest. Der Ueberschuß wurde progressiv besteuert bis zu 10 000 bzw. 20 000 Francs. Darüber hinausgehende Einkommen wurden als „überflüssig" ganz eingezogen. Am 3. September wurden diese Bestimmungen noch verschärft, so daß z. B. als notwendiges Einkommen für einen Junggesellen nur 1000 Francs angesehen wurden. Nun handelte es sich hierbei nicht etwa um eine dauernde Steuer, sondern um eine einmalige Anleihe; aber — die Reichen zahlten einfach nicht.

Inzwischen hatte sich die Lage der Bauern geändert. Sie hatten jetzt, nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes, Land in Hülle und Fülle und bestellten es mit Lust und Liebe. Aber der ununterbrochene Krieg verschlang zu viel und die Ernten waren um so schlechter als ganz Europa seit 1788 sehr kalte Winter und sonnenarme Sommer hatte. Der Sack Korn stieg von 50 Francs auf das Dreifache im Mai 1793. Das Brot kostete in der Umgebung von Paris 6 Sous, im Süden des Landes sogar 12, und in Clermont wurden im Juni 18 Sous gezahlt, das sind mehr als 70 Pfennige nach damaligem Geldwert für das Pfund Brot. Die Pariser Kommune gab täglich bis zu 75 000 Francs aus, um den Bäckern das Mehl für 3-Sous-Brot zu verschaffen. Fleisch, das sonst 5 bis 6 Sous kostete, wurde mit 20 verkauft, Zucker mit 20 Sous. Aber alle Maßnahmen des Konvents und der Kommune halfen nichts. Am 27. Juni wurde die Pariser Börse geschlossen; aber die Spekulanten fanden sich doch zusammen. Saint-Just befahl als Konventskommissar im Departement Bas-Rhin, die Häuser aller überführten Spekulanten niederzureißen; es half nichts. In Paris beschlossen einige Sektionen eine „patriotische Fastenszeit" von 6 Wochen; in einer anderen Sektion verpflichteten sich die bessergestellten Bürger, „weder Zucker noch Kaffee zu genießen, so lange der Preis nicht sänke und den minderbemittelten Brüdern gleichfalls diesen Genuß gestatte". Im Februar 1794 beschlossen die Pariser Patrioten den Fleischboykott. Aber so groß die moralische Wirkung all dieses Opfermutes sein mochte, tatsächlich half er nicht mehr als das „Maximum", das der Konvent am 3. Mai 1793 festgesetzt hatte. Dieses Dekret richtete sich gegen den Zwischenhandel, also gegen die Schieber, und normierte die Getreidepreise. Auf gewisse Uebertretungen stand die Todesstrafe. Am 4. September wurde für Weizen, am 29. auch für Fleisch, Butter, Fisch, Bier usw. ein Maximalpreis eingeführt. Diese Maximalpreise waren für die notwendigen Bedürfnisse immer noch um ein Drittel höher, als die im Jahre 1790 offiziell notierten Marktpreise. Außerdem war der Konvent auch in seiner radikalen Zusammensetzung letzten Endes doch ein bürgerlich-kapitalistisches Parlament, das solche Maßnahmen selber wieder durchkreuzen mußte. Er beschloß nämlich gleichzeitig die Festsetzung von Maximallöhnen, die zwar um 50 Prozent höher sein sollten als die Löhne von 1790, die aber eben nur Maximallöhne und keineswegs Durchschnittslöhne waren. Zwar wurde eine großangelegte Erhebung zur Feststellung der Produktionskosten aller Waren in Angriff genommen, die aber mit der Herrschaft der Bergpartei am 9. Thermidor ein jähes Ende fand. Im Dezember 1794 wurden dann auch die Höchstpreise aufgehoben, was den bekannten Sturz des Assignatenpreises nach sich zog. 100 Francs in Papier waren nur noch einige Sous wert. Dazu kamen die Assignatenfälschungen Englands und der Emigranten, die auch sonst mit allen Mitteln die Hungersnot in ihrem Vaterlande zu steigern suchten. Thiers, der liberal-reaktionäre Historiker der Revolution, zitiert aus Briefen der Royalisten an ihre Agenten Stellen wie diese: „Sorgt dafür, daß die Preise aller Lebensmittel steigen. Weiset Eure Kaufleute an, alle notwendigen Bedarfsartikel aufzukaufen . . ."

Die Vergesellschaftung des Handels mit Lebensbedürfnissen, wie sie der Konvent zeitweilig erstrebte, scheiterte ebenso wie die weitergehenden halbkommunistischen Pläne gewisser Mitglieder der Pariser Kommune. Zu spät merkte man, daß der Verkauf der Nationalgüter eine neue und unbezwingliche Macht geschaffen hatte, die Klasse der Großpächter. Vergebens versuchte man, dieser Klasse mit dem Fallbeil an den Kragen zu gehen. Der Hydra wuchsen immer neue Köpfe. Aber die Revolution hatte immerhin in der Landwirtschaft eine wirkliche Revolution bewirkt. Der Bauer pflügte die Ländereien seiner ehemaligen Ausbeuter und rief, der Nationalfeinde eingedenk, seinen Ochsen zu: „Hüh, Preuß! Hüh, Oesterreich!" Das Jahr 1794 brachte wieder die erste gute Ernte. Noch herrschte in den Städten großer Mangel, aber der Bauer aß sich satt. Seit Jahrhunderten zum ersten Male, wie Kravtschinsky sagt, dessen Buch über die französische Revolution eine Fülle von Material gerade über ihre wirtschaftlichen Probleme bietet. Und damit war die Grundlage für den beginnenden Wohlstand Frankreichs gegeben. Die bürgerliche Revolution hatte ihre historische Schuldigkeit getan. Das Proletariat zahlte die Zeche.

Breslauer Nachrichten

Skandalöse Wohnungsverhältnisse — Der humane Leiter des Wohnungsamtes

Ein ganz rabiater Hausbesitzer ist der Herr Piontek, Adalbertstraße 27. Eine Mieterin in der Mansardenwohnung, die sich beschwert über den skandalösen Zustand ihrer Wohnung — die Scheiben fallen aus dem Rahmen, bei Regen läuft das Wasser zum Dache herein, 70 Mäuse habe sie gefangen und der Wirt tut nichts gegen die Nester auf dem Boden — will dieser Patron mit den brutalsten Mitteln herausekeln. Nachdem die Frau dem Wirt, der dauernd unter den nichtigsten Vorwänden ihre Wohnung ansehen will, ihm diese verboten hat, drang er mit Gewalt, nachdem er vorher einen Bekannten als angeblichen Polizeibeamten vorgeschickt hatte, in die Wohnung ein. Dabei würgte dieser Hauspascha die Frau, zerriß ihr die Bluse, warf sie auf den Boden und zerschlug verschiedene Einrichtungsgegenstände.

Dieses Muster von einem Hausbesitzer verlangte pünktlich den erhöhten Mietzins, verweigerte aber jegliche Reparatur.

In seinem Restaurant beschäftigt er arme Waisenmädchen. Diese bekommen monatlich 8 Mark Lohn. Der Wirt und seine Frau sind vollgefressen, während die Waisenkinder das elendeste Essen bekommen. Bei solchen Zuständen, und bei den gröbsten Mißhandlungen halten diese Mädchen nicht lange bei ihm aus.

Der Sohn des Piontek ist aber von der Stadt als Oberwaisenrat angestellt, hat also für das Wohlergehen der Kinder zu sorgen. Obwohl er täglich die schuftige Behandlung sieht, schanzt er seinem sauberen Vater dauernd neue Waisenkinder zu.

Es wäre tatsächlich an der Zeit, daß der Magistrat in die Spelunke hineinleuchtet.

*

In der Goldenen Radegasse Nr. 27a wurde am Freitag, 5. 8., eine Familie exmittiert, weil sie angeblich ruhestörend gewirkt habe. Der Mann war nicht zum Termin erschienen, worauf man einfach die Exmittierung verhängte. Seit dieser Zeit liegt die Familie mit all ihrer Habe im Hofe, der ½ Meter breit ist. In diesem Hofe sind zwei Bedürfnisanstalten, wo die Kontrollmädchen und ihre Geldgeber verkehren.

Die exmittierte Frau hat vor 14 Tagen wegen Tuberkulose eine Frühgeburt gehabt, zwei Kinder sind ebenfalls tuberkulös. Durch das Lagern im Hof ist deren Gesundheit aufs schwerste gefährdet, die Möbel gehen bei dem Regen zugrunde.

Der Leiter des Wohnungsamtes, dem die Frau ihren und der Kinder Gesundheitszustand klargelegt hat, hält es nicht für nötig, eine Wohnung zu beschaffen. Als die Frau selbst eine solche freie angab, war sie dem Leiter des Wohnungsamts zu groß. Sie könne ruhig weiter zwischen Bedürfnisanstalten und Freudenmädchen nächtigen.

Dieser rohe Beamte, der in seiner gesicherten Existenz von den Steuergroschen einen guten Tag lebt, ist von so einer Gesinnungsroheit, daß man tatsächlich verwundert ist, daß so etwas noch vorkommt.

Der Magistrat, der doch auch für die Armen und Ausgebeuteten sorgen soll, müßte diesem Herrn mal auf die Finger sehen.

In Breslau herrschen trotz der sozialdemokratischen Mehrheit Zustände, die zum Himmel stinken. Frauen und Kinder, die dadurch, daß ihr Mann 4½ Jahre im Felde und 1½ Jahre arbeitslos war, tuberkulös geworden sind durch Unterernährung, werden von Behörden ohne weiteres exmittiert. Prasser und Schieber, Kapitalistengesindel wohnt in Villen und Palästen. Und nicht das geringste Interesse der „Arbeitervertreter".

Um die verbotene Demonstration.

Polizeirat Dr. Thiemann sendet uns folgenden Brief, den wir gerne veröffentlichen. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß sich Polizeipräsident Liebermann unseren Genossen gegenüber ausdrücklich darauf berief, daß Herr Dr. Thiemann in der Versammlungsfrage Ressort-Chef sei und er darüber nicht zu entscheiden habe.

„Ich lese zu meinem Erstaunen in der „Arbeiter-Zeitung" vom 13. dieses Monats unter der Ueberschrift „Die Volkswacht in Verlegenheit", daß einige Ihrer Parteigenossen nach Erlaß des Versammlungsverbotes bei mir vorstellig geworden seien, um den Grund des Verbotes zu erfahren und daß ich hierbei erklärt haben soll, daß ich grundsätzlich jede kommunistische Demonstration verbiete und anderes mehr. Ich stelle demgegenüber fest, daß noch niemals Herren Ihrer Partei bei mir vorgesprochen haben. Auch ist es völlig unzutreffend, daß ich mich Herrn Rechtsanwalt Simon gegenüber als Urheber des Verbotes bekannt haben soll. Der Tatbestand ist vielmehr folgender: Ich habe von dem Verbot der in Frage kommenden Versammlung erst an dem Tage, an dem sie stattfinden sollte, Kenntnis erhalten und zwar nur durch eine Notiz der „Breslauer Morgenzeitung". Ungefähr um 12 Uhr desselben Tages wurde ich zu Herrn Präsidenten Liebermann bestellt, bei dem sich Herr Rechtsanwalt Simon befand. Mir wurde von Herrn Polizeipräsidenten Liebermann die Frage vorgelegt, ob Versammlungen unter freiem Himmel bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden könnten, was ich bejahte, allerdings unter Hinweis darauf, daß die Frage in der Theorie noch streitig sei. Die Verwaltungsbehörden hätten in der Praxis aber die Zulässigkeit eines solchen Verbotes bisher angenommen, eine höchstrichterliche Entscheidung sei in dieser Sache noch nicht ergangen. Rechtsanwalt Simon fragte darauf, welche Rechtsmittel ihm zuständen. Ich benannte ihm als solche Beschwerde an den Regierungspräsidenten bzw. Klage beim Bezirksausschuß. Da ich annahm, daß diese Unterredung sich auf das andere durch die Morgenzeitung bekanntgewordene Versammlungsverbot bezog, stellte ich an Herrn Präsidenten Liebermann eine entsprechende Frage. Herr Liebermann bestätigte, daß es sich um diese Versammlung handele. Damit war für mich die Sache erledigt. Ich ging in mein Büro zurück, während Herr Rechtsanwalt Simon noch beim Herrn Präsidenten Liebermann blieb.

Sie wollen aus dieser Schilderung ersehen, daß ich als Urheber des Versammlungsverbotes nicht in Frage komme. Das Verbot ist tatsächlich ohne meine vorherige Anhörung erfolgt."

Hochachtungsvoll Dr. Thiemann.

Höchstpreise für Mehl, Brot und Semmel. Der Magistrat gibt im Inseratenteil die neuen Höchstpreise für Brot usw. bekannt.

Der Zirkus Angelos, welcher seinen Standplatz oben an der Kaiserbrücke am rechten Oderufer hat, veranstaltet außer seinen täglichen Abendvorstellungen, die um 7,30 Uhr beginnen, Sonntags auch Nachmittags eine Vorstellung um 3,30 Uhr zu seinen bekannten kleinen Preisen, damit es auch den weitesten Kreisen und den Zirkusfreunden der Kinderwelt möglich ist, sich den Besuch einer Angelos-Vorstellung zu gönnen.

Aus der Provinz

Landeshut. Das „Landeshuter Tageblatt", welches das Gras wachsen hört, wenn es gilt, die Arbeiterbewegung zu schädigen, meldet in Nr. 182 den Austritt des Genossen W. Scholz aus der Kommunistischen Partei. Dazu ist zu bemerken: Weder Genosse Scholz noch andere hiesige führende Genossen denken daran, zur Freude ihrer Gegner von der politischen Bühne abzutreten, sondern sie werden weiter ihre Pflicht im Befreiungskampfe des Proletariats mit nach den jeweiligen Verhältnissen gebotenen Mitteln zu erfüllen wissen. Die feinen Nasen, welche den Fall Richter mit Hilfe bezahlter Spitzel zu einer Krise in der Partei am Orte stempeln wollten, werden wohl inzwischen einer anderen Auffassung geworden sein. Räudel hat es seit jeher in allen Gesellschaftsschichten und Parteien gegeben, nur niedrige Gesinnung im Kampfe mit dem Gegner kann daraus für sich politischen Nutzen ziehen wollen. Damit dürften wohl die um das Leben und Gedeihen der kommunistischen Bewegung am Orte so sehr besorgten „Freunde" aus den anderen Lagern beruhigt sein.

Landeshut. Einige Unstimmigkeiten innerhalb unserer Ortsgruppe Landeshut hat besonders unsere lieben Freunde von der „Bergwacht" in Aufregung versetzt. Diese Leute hätten zu gern gesehen, daß unsere führenden Genossen den Weg „zurückfinden" in die Arme der allein seligmachenden Sozialdemokratie. Die Ortsgruppe Landeshut hat ihre Differenzen beigelegt. Ob es dabei notwendig war, daß ein Stadtrat zurückgetreten ist, weil er einem bürgerlichen „Kollegen" eine Ohrfeige gegeben hat, lassen wir dahingestellt. Unserer Meinung nach ist dies kein Grund zum Rücktritt. Daß unsere Ortsgruppe nicht nur gefühlsmäßig eingestellt ist auf den Kommunismus, beweist die Abfuhr, die die Sozialdemokraten und die Polizei, die Lockspitzel zur „Auffindung einer Kampforganisation" geschickt hatten, erhalten haben.

Die Person und der Entwicklungsgang unseres Genossen Scholz verbürgt uns dafür, daß für ihn ein Zurückgehen zu den Leuten der „Bergwacht" ausgeschlossen ist.

Saarau. Die Sipo macht mit ihren Dienstautos Ausflüge in die Ortschaften der Umgebung und versucht zu erfahren, wie in den Orten die Arbeiterschaft gesonnen ist.

So fuhr am 3. August in Saarau an der Druckhalle ein Auto mit sechs Mann Sipo und einem Offizier vor und versuchten auf alle Arten die Frau auszufragen, ob am Orte eine kommunistische Partei bestehe, ob Gewerkschaften da seien, wie die Führer heißen und wo sie arbeiten, usw. Die Frau konnte keine Auskunft geben, und so versuchten diese Leute bei anderen Einwohnern etwas zu erfahren.

Es bestätigt sich hier wiederum, wie reaktionär sich die Sipo betätigt. Diese Leute, die von den Steuergroschen der Arbeiter bezahlt werden, stehen voll und ganz im Dienste der Reaktion.

Die Arbeiter müssen mehr denn je erkennen den Ernst der Zeit. Oberschlesien, wo die Orgeschleute mit Unterstützung der Sipo je nach dem Entscheid des Obersten Rates einen Aufstand inszenieren wollen und die große Teuerungswelle müssen das Proletariat auf der Plattform des Klassenkampfes zusammenführen. Dann wird alle Macht der Sipo und Orgesch umsonst sein.

Ziegenhals. Auch bei den Bauern kommt allmählich die Einsicht, daß sie sich mit dem Selbstschutzgesindel eine böse Laus ins Fell gesetzt haben. Die Bauern, die nach dem Aufstand in O.-S. die Selbstschützler ganz gern in Quartier nahmen, entrüsten sich jetzt immer mehr über das faule und freche Auftreten dieser Buben. Diese Brüder enthalten 17 M. und müssen ohne Gegenleistung von den Bauern verpflegt werden. Die Offiziere, die in Gesellschaft von „Damen" auf den Gütern ein Prasserleben führen, veranstalten zur Abwechslung Jagd auf Juden.

Die ganze Grenze entlang liegen diese faulen Gesellen auf den Gütern und werden von den angeblich so notleidenden Großagrariern bezahlt. Wenn man diesen Skandal sieht, kann man auch verstehen, warum diese Landbundpatrioten den Getreidepreis hinaufschrauben. Sie selbst wollen die Kosten ihrer reaktionären Rüstungen nicht tragen, trotz ihres angeblich unantastbaren Patriotismus. Deshalb muß das arbeitende Volk in Stadt und Land bluten, und wird zusammenbrechen, wenn es sich nicht erhebt und geschlossen kämpft gegen die Hungerlöhne, gegen die Orgeschbande.

Langenbielau. Am 8. August tagte hier eine gutbesuchte öffentliche Versammlung. Einberufen war diese vom Internationalen Rat der Fach- und Industriearbeiterverbände. Das Thema lautete: „Wie sichert sich die Arbeiterklasse ihre Existenz?" Der Referent, Kollege Melzer-Chemnitz, verstand es in vortrefflicher Weise, den Versammlungsbesuchern die Schäden der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise vor Augen zu führen. Auch den vollbeschäftigten Arbeitern und Angestellten ist es heute bei den niedrigen Löhnen nicht mehr möglich, ihre Familien auch nur annähernd zu erhalten. Die Arbeiterschaft muß sich die Frage vorlegen, zu welchem Zweck sind wir organisiert in den freien Gewerkschaften? Sind die Verbände nicht ins Leben gerufen worden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder zu schaffen? Vor dem Kriege sagten die Gewerkschaftsführer: ja, wenn wir erst mal die große Masse in unseren Verbänden haben, dann können wir alles für uns erobern. Heute, wo die Arbeiterschaft fast restlos organisiert ist, versinkt dieselbe immer mehr im Elend. Wie kommt das? Die Gewerkschaften haben durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik ihren Kampfcharakter verloren. Die Gewerkschaftsführer wollen für die Arbeiterschaft auf schiedlich-friedlichem Wege von den Unternehmern etwas herausholen. Daß bei dieser Politik die Arbeiterschaft vollends auf den Hund kommt, wird wohl jeder Arbeiter selbst an seinem Magen spüren. Nun darf aber die Arbeiterschaft, durch diese Politik der Gewerkschaftsführer angeekelt, nicht etwa aus den Verbänden heraustreten. Dies wäre grundfalsch. Denn ohne eine straffe Organisation ist nun einmal den Unternehmern nichts abzuringen. Im Gegenteil, jeder Kollege muß in seiner Gewerkschaft bleiben. Er muß aber dort voll und ganz seinen Mann stellen. Die Gewerkschaftsbürokratie muß gezwungen werden, auf breitester Grundlage den Kampf für eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft aufzunehmen. Mit kleinen lokalen Streiks ist nicht mehr viel zu erringen. Das Unternehmertum ist so straff organisiert, daß ihm nur mit einheitlich geführtem Kampfe beizukommen ist. Und das kann der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen 9 bis 10 Millionen Arbeitern und Angestellten sehr wohl. Die Masse den Unternehmern entgegengestellt, und der Sieg ist unser. In der Diskussion meldeten sich einige Angestellte der freien Gewerkschaften zum Wort. Sie gingen um den Kern der Sache herum. Tüchtiges leisten sie nur im Herunterreißen der Kommunisten. Die Diskussionsredner waren der Meinung, daß nicht die Gewerkschaftsführer schuld seien an der elenden Lage der Arbeiterschaft, sondern die Arbeiter selbst. Die Arbeiterschaft wäre nicht reif usw. Der Versammlung bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, in Zwischenrufen machten sie ihrer Erbitterung Luft gegen die Gewerkschaftsführer. Die anwesenden Gewerkschaftsangestellten wollten die Diskussion so lange hinausziehen, bis die Polizeistunde heranrückte, um unserem Referenten das Schlußwort unmöglich zu machen. Da übrigens der letzte Diskussionsredner allerlei Zeug verzapfte, was gar nicht zur Sache gehörte, so wurde die Versammlung befragt, ob sie dem Referenten das Schlußwort geben wolle. Dies wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Kollege Melzer stellte in seinem Schlußwort alle Verdrehungen der beiden Diskussionsredner richtig. Er führte aus, daß die Gewerkschaften absolut nichts getan haben, um ihre Mitglieder mit revolutionärem Geiste zu erfüllen. Nur im Kampf ist eine Einigung des Proletariats möglich. Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, die Gewerkschaftsbürokratie zu zwingen, im Kampf voran zu gehen, und wenn sie dazu zu feige sind, dann raus mit solchen Elementen aus den Gewerkschaften. Mit einem Appell an die Versammlungsbesucher, die Gewerkschaften wieder zu dem zu machen, wozu sie geschaffen sind, zu Kampforganisationen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Versammlungskalender

Die Ortsgruppe der VKPD. Altwasser

veranstaltet am Donnerstag, den 18. August, abends ½8 Uhr, im Gasthaus „Zum weißen Roß" eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Die schrecklichen Wirkungen des Londoner Ultimatums. — Die fortschreitende Preissteigerung für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. — Die unerhörten Steuerlasten für Arbeiter und Angestellte. — Der vor der Tür stehende Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft. — Die Bildung der Einheitsfront des Proletariats als Abwehrmittel gegen eine vollständige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Referent: Genosse Paul Scholze-Berlin.

Arbeiter, Angestellte, erscheint in Massen, denn es geht um euer Schicksal. Die Vertreter der Gewerkschaften, die Stadträte und Stadtverordneten, welche durch die Arbeiterschaft gewählt sind, werden freundlichst aufgefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen, weil ganz ohne Unterschied der Partei alles getan werden muß, um die Existenz der Arbeiterklasse zu sichern, die jetzt mehr denn je bedroht ist.

Versammlung des Breslauer Mieterschutzvereins. Wir machen auf das Inserat in der heutigen Nummer aufmerksam, wonach am Mittwoch, den 17. August, abends 7,30 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Mieterversammlung stattfindet.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Bekanntmachung.

Neue Höchstpreise für Mehl, Brot und Semmel.

Auf Grund des § 34 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 und der Ausführungsanweisung hierzu vom 26. Juni 1921 in Verbindung mit dem Reichsgesetz betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der hierzu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsbestimmungen verordnen wir:

Der Höchstpreis für den Verkauf des von der Stadt Breslau gelieferten Mehles und des daraus hergestellten Brotes im Kleinhandel wird festgesetzt:

a) für je 1 Pfd. = 500 Gramm
Roggenmehl auf 2,10 M.,
Weizenmehl auf 2,20 M.,
Krankenmehl auf 2,40 M.,
Roggenbrot auf 1,80 M.

b) für Semmeln mit einem Teiggewicht von 95 Gramm auf 0,40 M.

Die neuen Preise treten am 15. August 1921 in Kraft.

Der Magistrat.

Oeffentliche Mieterversammlung

am Mittwoch, den 17. d. M., abends 7,30 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu dem Beschlusse des Magistrats betr. Erhöhung der Mietszuschläge auf 50 bzw. 60 Prozent und zur Spruchpraxis und Geschäftsführung des städtischen Einigungsamtes.
2. Freie Aussprache über diese Punkte.

Es laden ein:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Bund Deutscher Bodenreformer, der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes, der Ortsverband der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.), und der Verband des Mieterschutzvereines Breslau.

Zur Deckung der hohen Kosten wird ein freiwilliger Beitrag am Eingang des Saales entgegengenommen.

Breslau Kaiserbrücke
Telef. Ring 192
Zirkus Angelos
Täglich 7½
Das 25 Sensationsnummern enthaltende wahre Zirkus-Programm
Tageskasse nur Ring 192.

M. K.
Matthias-Kino
Matthias-Straße 38 und Moltke-Straße 9
Anna Karenina
Die Geliebte des Großfürsten
6 Akte
Dazu
Die Maske des Todes
2. Teil.

Hennig's Korn-Stübel und Garten
Hinterbleiche 6
Dienstag: Eisbeine Sonnabend: Wellwurst